WP21 B. Gerechtigkeit schaffen, Chancen stärken 7. Soziales: Selbstbestimmung und Teilhabe für alle

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	20.12.2023
Tagesordnungspunkt:	8. Landtagswahlprogramm 2024

Text

Soziales: Selbstbestimmung und Teilhabe für alle

Abgesichert sein, wenn es darauf ankommt: Das macht für uns gute Sozialpolitik aus. Es geht aber um mehr als das. Wir stellen in der sozialen Frage den Menschen in den Mittelpunkt und wollen alle in die Lage versetzen, die eigene Position selbstbestimmt ändern zu können. Denn noch immer ist in Deutschland die soziale Ungerechtigkeit groß, hängen Erfolgs- und Bildungschancen zu sehr von der eigenen Herkunft ab, während sich Armut und fehlende Chancen weitervererben. Die Herstellung von Chancengerechtigkeit in allen Bereichen steht für uns daher im Fokus – besonders in der Bildung.

Sozialpolitik ist für uns dabei ein Querschnittsthema, das überall mitgedacht und betrachtet werden muss. Wir möchten den gesellschaftlichen Zusammenhalt gezielt fördern, Unterstützungsangebote bereitstellen und soziale Teilhabe stärken. Denn jeder Mensch muss selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilnehmen können – egal ob mit viel oder wenig Geld, ob mit Behinderung oder ohne, ob jung oder alt. Im Land kämpfen wir darüber hinaus für höhere Löhne und eine bessere Tarifbindung, um das Einkommensniveau in Thüringen zu steigern. Im Bund machen wir uns zusätzlich stark für armutsfeste Sozialleistungen, insbesondere für die Kindergrundsicherung.

Kernziele:

- Stärkung der Selbstbestimmung und der sozialen Teilhabe durch Unterstützungsangebote und Abbau von Barrieren
- Verringerung der sozialen Ungleichheit und Abbau von Armut durch gezielte Entlastungsmaßnahmen sowie höhere Löhne und Sozialleistungen
- Selbstbestimmtes Leben ermöglichen unter anderem durch Bezahlbarkeit und Barrierefreiheit von Wohnen und Mobilität
- Teilhabe von Menschen mit Behinderung verbessern

Soziale Teilhabe stärken, Armut abbauen

Unsere Gesellschaft ist stark in ihrer Vielfalt und dadurch, dass Menschen sich in Ihrer Individualität einbringen. Unser Ziel ist die Verwirklichung eines gesellschaftlichen Leitbildes, nach dem alle Menschen frei und selbstbestimmt sagen können: „Ich gehöre dazu“. Dafür müssen wir sicherstellen, dass jeder Mensch unabhängig vom eigenen Geldbeutel am sozialen Leben teilnehmen kann und als Teil der Gesellschaft wertgeschätzt wird. Es kann nicht sein, dass in einem so reichen Land wie Deutschland so viele Menschen arm sind – ob durch zu geringe

Löhne oder nicht armutsfeste Sozialleistungen. Die Tafeln sind nachgefragt wie nie und viele Menschen kommen nur mit Not über die Runden. Das muss ein Ende haben. Eine starke Demokratie fußt auf einer gerechten und sozial abgesicherten Gesellschaft ohne Spaltung.

Dabei darf sich der Staat nicht auf die Arbeit von Ehrenamtlichen verlassen, sondern muss selbst Strukturen schaffen, in denen niemand in Armut leben muss. Deshalb kämpfen wir für höhere Löhne, für armutsfeste Sozialleistungen auf Bundesebene sowie eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung, die Kinderarmut abbaut und Familien finanziell entlastet.

Auch Altersarmut wird zunehmend ein Problem, das nur durch höhere Löhne und Tarifbindung im Land und die Einführung einer echten Garantierente auf Bundesebene angegangen werden kann. Auch Kinderbetreuungszeiten müssen bei der Rente stärker anerkannt werden. Wir wollen so früh wie möglich soziale Gerechtigkeit herstellen, damit alle Menschen die gleichen Chancen haben und selbstbestimmt leben können. Hier setzen wir besonders in der Bildung an.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Schaffung von notwendigen flächendeckenden Unterstützungsangeboten, um ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen zu ermöglichen
- Bessere Verknüpfung von nachbarschaftlichen mit professionellen Sozial- und Gesundheitsleistungen
- Orte der Begegnung, Stadtteilbüros und Bürgerzentren besser fördern
- Unterstützung von Projekten der kommunalen Gemeinwesenarbeit
- Förderung von Sozial- und Bürgergenossenschaften zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- Deutliche Aufstockung der Mittel für sozialen Wohnungsbau und Förderung von bezahlbarem Wohnen generell (siehe Kapitel Wohnen)
- Ausbau eines barrierefreien und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehrs mit landesweitem Sozialticket gerade im ländlichen Raum (siehe Kapitel Mobilität)
- Ausbau von Ganztags- und Gemeinschaftsschulen und Einführung der Lernmittelfreiheit (siehe Kapitel Schule)
- Tafeln in Thüringen finanziell unterstützen
- Kostenfreier Zugang zu Hygieneartikeln und Periodenprodukten in öffentlichen Gebäuden
- Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen mit geringem Einkommen
- Unterstützung der Kommunen bei der Verbesserung der sozialen Teilhabe und Verringerung von Armut, insbesondere durch niedrigschwellige Informationsangebote für armutsbetroffene Menschen
- Verbesserung der frühkindlichen Bildung sowie der frühen Hilfen, um schon im Kleinkindalter Chancennachteile abzubauen (siehe Kapitel frühkindliche Bildung)
- Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ (LSZ) weiterentwickeln und ausbauen, unter anderem zur Etablierung des sozialräumlichen Quartiersmanagements (siehe Kapitel Ländliche Räume)

Menschen mit Behinderung: Inklusion und Selbstbestimmung

Das Recht auf Selbstbestimmung betrifft alle Menschen – auch und besonders Menschen mit Behinderung. Deutschland und auch Thüringen hinken hier in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stark hinterher. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft verwirklichen, in der auch Menschen mit Behinderung sich ohne Hürden gleichberechtigt einbringen können. Dafür braucht es viele

Veränderungen in den verschiedensten Bereichen des täglichen Lebens. Dabei muss immer gelten, dass Bedarfe von Menschen mit Behinderungen wichtiger sind als Bürokratie und Kostenbeschränkungen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Einführung eines modernen und zukunftsweisenden Inklusionsgesetzes
- Konsequente Umsetzung des Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes auch in Thüringen voranbringen und Strukturen der Eingliederungshilfe anpassen
- Gezielte Unterstützung des Rechts auf Arbeit und von Programmen für Budget für Arbeit (siehe Kapitel Arbeit)
- Vereine und Verbände von Menschen mit Behinderungen in ihrer Vielfalt schützen und mit Landesmitteln fördern
- Besserer Zugang zu Gebärdensprachendolmetscher*innen und anderen Kommunikationsformen
- Initiativen im Bundesrat für deutlich höhere Löhne in Werkstätten für Menschen mit Behinderung bei gleichzeitiger Stärkung der Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt
- Ausbau der schulischen Inklusion mit dem Recht auf Regelbeschulung (siehe Kapitel Schule)
- Gezielte Wohnungsbauförderung, um mehr barrierefreie Wohnungen zu schaffen (siehe Kapitel Wohnen)
- Stärkung von Kommunen bei barrierefreier Gestaltung des öffentlichen Raums sowie inklusiver Sozialräume
- Kommunale Behindertenbeauftragte schaffen, analog zu Regelungen für Gleichstellungsbeauftragte
- Schutzangebote für gewaltbetroffene Menschen mit Behinderung ausbauen, insbesondere für Frauen, queere, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen
- Sexuelle Selbstbestimmung stärken und besserer Zugang zu Sexualassistenzen

Freie Wohlfahrtspflege und Sozialwirtschaft unterstützen

Die Sozialwirtschaft steht wie auch andere Branchen vor großen Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf Fachkräftegewinnung, aber auch die Finanzierung nötiger Investitionen für Klimaschutz. Gerade die freie Wohlfahrtspflege verfügt häufig nicht über die nötigen Eigenmittel, um diese zu realisieren. Wir wollen daher an diesen Stellen gezielt unterstützen.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Unterstützung der Träger bei Gestaltung der sozial-ökologischen Wende und Förderung von Investitionen

- Aufnahme der Sozialwirtschaft in die Thüringer Digitalstrategie und Öffnung der bestehenden Programme zur Förderung der Digitalisierung für Vereine, gemeinnützige GmbHs, Genossenschaften und Stiftungen im sozialen Bereich

- Gemeinsame Anstrengungen von Land und freien Trägern zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung der Tarifbindung, um die Fachkräftesituation zu verbessern (siehe Kapitel Arbeit)